

**Stadt Ingolstadt****Niederschrift über die Sitzung
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und
Nachhaltigkeit**

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG	Sitzung-Nr.: PLA/02/2025	
Sitzungsdatum: Mittwoch, 26.03.2025	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:16 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Oberbürgermeister Dr. Michael Kern	
Bürgermeisterinnen	
Bürgermeisterin Petra Kleine	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	
Herr Stadtrat Franz Wöhrl	
Herr Stadtrat Thomas Deiser	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Herr Stadtrat Quirin Witty	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Jochen Semle	
Herr Stadtrat Klaus Böttcher	
Herr Stadtrat Ulrich Bannert	bis 17:59 Uhr, TOP 1 nöSi
Herr Stadtrat Roland Meier	
Herr Stadtrat Dr. Markus Meyer	
Herr Stadtrat Christian Lange	Vertretung für Herrn Stadtrat Sepp Mißlbeck
Ferner anwesend	
Herr Stadtrat Raimund Köstler	
Entschuldigt	

Herr Stadtrat Sepp Mißlbeck

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1 . Klimaresilienz-Check für neue Baugebiete	3
. Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 28.08.2024 Vorlage: V0632/24	3
. Stellungnahme der Verwaltung (Referentin: Frau Wittmann-Brand) Vorlage: V0941/24	3
2 . Einführung einer Netto-Null-Versiegelung für die Stadt Ingolstadt	4
. Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 28.08.2024 Vorlage: V0633/24	4
. Stellungnahme der Verwaltung (Referentin: Frau Wittmann-Brand) Vorlage: V0111/25	4
3 . Wohnortnahe Seniorenwohnungen	6
. Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 14.09.2024 Vorlage: V0677/24	6
. Stellungnahme der Verwaltung (Referentin: Frau Wittmann-Brand, Herr Fischer) Vorlage: V0126/25	6
4 . Bahnanschluss für das Gewerbegebiet Manchinger Straße	6
. Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 14.09.2024 Vorlage: V0676/24	6
. Stellungnahme der Verwaltung (Referentin: Frau Wittmann-Brand) Vorlage: V0112/25	7
5 . Spielplätze Hitzeresilienz	8
. Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 17.09.2024 Vorlage: V0683/24	8
. Stellungnahme der Verwaltung (Referentin: Frau Wittmann-Brand) Vorlage: V0113/25	8
6 . Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebiets am Mailinger Bach, Haunstädter Bach, Retzgraben und Köschinger Bach im Stadtgebiet von Ingolstadt von Fluss-km 7,40 bis 17,80 (Gewässer III. Ordnung) (Referentin: Bürgermeisterin Kleine) Vorlage: V0106/25	12
7 . Zukunftsszenario zur Stadtclimaanalyse	12
. Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 28.08.2024 Vorlage: V0636/24	12
. Stellungnahme der Verwaltung (Referentin: Bürgermeisterin Kleine) Vorlage: V0082/25	12
8 . Schutz der Igel vor Mährobotern	13
. Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 22.11.2024 Vorlage: V0904/24	13
. Stellungnahme der Verwaltung (Referentin: Bürgermeisterin Kleine) Vorlage: V0081/25	13
9 . Erschließung des Baugebietes "Am Samhof" (Bebauungsplan Nr. 107) und Sanierung der Krumenauerstraße zwischen der Cusanusstraße und der Gerolfinger Straße hier: Projektgenehmigung (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0109/25	17
10 . Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes 1. Berichtigung der Widmung des Buxheimer Weges und des Hochbuckelweges 2. Antrag auf Widmung der Flurnummer 2598/121 Gmkg. Gaimersheim (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0105/25	19
11 . Interimsstätte für den Festsaal für die Dauer der Sanierung des Hämer-Baus (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0174/25	19

Oberbürgermeister Dr. Kern eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Danach gibt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

1. Klimaresilienz-Check für neue Baugebiete

**Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 28.08.2024
Vorlage: V0632/24**

Antrag:

Für neue Baugebiete, insbesondere auch für die noch nicht gesetzten Bebauungspläne ist ein Klimaresilienz-Check durchzuführen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0941/24.

Beschließend

**Stellungnahme der Verwaltung
(Referentin: Frau Wittmann-Brand)
Vorlage: V0941/24**

Antrag:

Dem Antrag zur Aufnahme eines Klimaresilienz-Checks für neue Baugebiete wird nicht gefolgt.

Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0632/24 und der Antrag der Verwaltung V0941/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Achhammer merkt an, dass die Themen der Anträge von Stadtrat Köstler bereits durch die Bayerische Bauordnung geregelt seien und ein Anruf bei der Verwaltung wäre ausreichend gewesen, um die gewünschten Informationen zu erhalten. Auch der Verwaltungsaufwand könne dadurch reduziert werden.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0941/24:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

2 . Einführung einer Netto-Null-Versiegelung für die Stadt Ingolstadt

- Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 28.08.2024**
- Vorlage: V0633/24**

Antrag:

Die Stadt Ingolstadt schließt sich einer Reihe von Städten in Deutschland an, die sich auf den Weg gemacht haben, um ab dem Jahr 2030 eine Netto-Null-Versiegelung für ihre Stadt auf den Weg zu bringen.

Als erste Vorarbeit ist schon jetzt der Aufbau und dann die laufende Fortschreibung eines Versiegelungs- und eines Entsiegelungskatasters in Angriff zu nehmen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0111/25.

Bekanntgabe

- Stellungnahme der Verwaltung**
- (Referentin: Frau Wittmann-Brand)**
- Vorlage: V0111/25**

Antrag:

Der Bericht der Verwaltung wird bekannt gegeben.

Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0633/24 und der Antrag der Verwaltung V0111/25 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Köstler merkt an, dass er nicht im Ausschuss sei und nicht abstimmen werden. Die ÖDP-Stadtratsgruppe habe gegen die Netto-Null-Versiegelung gestimmt, da man eine andere Meinung als die Stadtverwaltung und der Rest des Stadtrates zum Thema Wachstum habe. Die ÖDP-Stadtratsgruppe ist nicht der Meinung, dass die Netto-Null-Versiegelung ein Ding der Unmöglichkeit sei, da die Stadt zu jedem Preis wachen müsse, um attraktiver und schöner zu sein. Des Weiteren merkt Stadtrat Köstler an, dass er es nicht richtig finde, dass der Antrag als Bekanntgabe abgehandelt werde, denn eine bestimmte Forderung sei keine Bekanntgabe, und es sei Aufgabe des Stadtrates im Ausschuss und dann im Stadtrat darüber abzustimmen.

Stadtrat Böttcher teilt mit, dass er bei Herrn Dr. Schweiger bezüglich der Entsiegelung und Versiegelung nachgefragt habe und es sei nach wie vor so, dass man mehr Entsiegelung als Versiegelung habe. Stadtrat Lange teilt die Meinung von Stadtrat

Köstler. Wenn ein Antrag im Stadtrat lande, muss entweder abgelehnt oder zugesimmt werden. Einen Antrag mit einer Bekanntgabe abzuschließen, funktioniere auch nach der Geschäftsordnung des Stadtrates nicht. Er bittet darum, in Zukunft mehr darauf zu achten.

Stadtrat Deiser ist der Meinung, dass eine Stadt in der die Bevölkerung rasant wache, muss die Möglichkeit haben, zu wachsen. Wenn nicht, dann passiere das, was man nicht wolle, dann werden die Mieten unbezahltbar. Mieten könne man nur in einem vernünftigen Maß halten, wenn es die Möglichkeit gebe, Wohnraum zu schaffen.

Frau Wittmann-Brand schlägt folgende Umformulierung des Beschlusses vor: „Der Einführung einer Netto-Null-Versiegelung wird nicht zugestimmt oder wird nicht weiterverfolgt“. Darüber könne dann noch einmal abgestimmt werden. Sie stellt jedoch in Frage, ob der Antrag in die Vollversammlung gebracht werden soll, da bisher darauf geachtet worden sei, nach Möglichkeit die Anträge nicht in die Vollversammlung zu bringen, da es ansonsten sehr viele Tagesordnungspunkte im Stadtrat seien.

Stadtrat Dr. Schuhmann regt an, es so zu machen wie immer und die Beschlussvorlage umformuliert werden soll und dann könne darüber abgestimmt werden.

Stadtrat Köstler teilt mit, dass die Umformulierung jederzeit möglich sei. Trotzdem soll der Antrag in der Vollversammlung abgestimmt werden.

Oberbürgermeister Dr. Kern erklärt, dass der Antrag entweder in die Vollversammlung aufgenommen werden könne oder zunächst im Ausschuss vorberatend abgestimmt werden könne.

Stadtrat Bannert äußert, dass die Beschlussqualität der Vorlage „Bekanntgabe“ sei und auch so in der Fraktion besprochen wurde. Angesichts der neuen Erkenntnisse bittet er darum, die Vorlage erneut in die Fraktionen zurückzugeben, um diese dort zu beraten und gegebenenfalls auch in der Vollversammlung am 10.04.2025 zu diskutieren.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.

3. Wohnortnahe Seniorenwohnungen

- Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 14.09.2024
Vorlage: V0677/24**

Antrag:

1. Die Stadt Ingolstadt prüft für alle neuen Baugebiete, ob für dieses Umfeld eine Angebotslücke für Seniorenwohnungen besteht. Gleiches gilt natürlich auch für Kitas, wünschenswert wäre ggf. ein „Haus für Jung und Alt“.
2. Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt erhält alljährlich eine Information, für welche Stadtteile man Angebotslücken für wohnortnahe Seniorenwohnungen sieht und ob und welche Optionen für eine Behebung von Mängeln gesehen werden.

Beschlussfassung siehe V0126/25.

Bekanntgabe

- Stellungnahme der Verwaltung
(Referentin: Frau Wittmann-Brand, Herr Fischer)
Vorlage: V0126/25**

Bekanntgabe:

1. Der Bericht der Verwaltung wird bekannt gegeben.
2. Der Antrag V0677/24 der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 14.09.2024 ist damit in beiden Ziffern erledigt.

Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0677/24 und der Antrag der Verwaltung
V0126/25 werden bekannt gegeben.

4. Bahnanschluss für das Gewerbegebiet Manchinger Straße

- Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 14.09.2024
Vorlage: V0676/24**

Antrag:

Für das Gewerbegebiet südlich Manchinger Straße wird langfristig ein Bahnanschluss vorgesehen. Eine Verlängerung zum IN Campus und dem Audi Sportpark wird ebenfalls in Betracht gezogen. Dafür notwendige Flächen werden bevoรratet.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0112/25.

Bekanntgabe

- Stellungnahme der Verwaltung
(Referentin: Frau Wittmann-Brand)
Vorlage: V0112/25**

Antrag:

Der Bericht der Verwaltung wird bekannt gegeben.

*Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe **V0676/24** und der Antrag der Verwaltung **V0112/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Köstler möchte wissen, ob der Antrag dann offen bleibe, wenn nicht darüber abgestimmt werde.

Frau Wittmann-Brand teilt mit, dass die Trasse südlich der Manchinger Straße über ein Bauleitplanverfahren förmlich freigehalten sei. Dabei habe man es nicht als notwendig erachtet, darüber abzustimmen, ob die Trasse wieder für den Güterverkehr geöffnet werden solle, da eine solche Öffnung ein eisenbahnrechtliches Verfahren erfordere, das von anderen Instanzen eingeleitet werden müsse und dies nicht in der eigenen Zuständigkeit liege.

Stadtrat Köstler erklärt, dass es aus aktueller Sicht nicht erforderlich sei, ein schienengebundenes Massenverkehrsmittel vorzusehen. Doch es soll die Flächen freigehalten werden, um künftig die Möglichkeit zu haben, ein Massenverkehrsmittel zu planen. Zudem weist er darauf hin, dass das Bauleitverfahren „Südliche Manchinger Straße“ nur einen Teil der Flächen betreffe und andere Flächen davon unberührt bleiben.

Stadtrat Lange ist der Ansicht, dass sich für diese Freihaltung jeder positiv aussprechen könne, doch es sei wichtig, eine Entscheidung darüber zu treffen. Daher beantragt Stadtrat Lange den Antrag zurück in die Fraktionen zu geben, um dann im Stadtrat am 10.04.2025 darüber sprechen zu können

Frau Wittmann-Brand denkt, dass es zielführend sei, einen Beschluss derart zu formulieren, dass eine Betrachtung im Rahmen der Bearbeitung des neuen Mobilitätsplanes gewährleistet werden soll. Die Beschlussvorlage komme dann zur weiteren Beratung in den Stadtrat am 10.04.2025.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.

5. Spielplätze Hitzeresilienz

- **Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 17.09.2024**
Vorlage: V0683/24

Antrag:

Gerade die zurückliegenden Sommer haben gezeigt, dass Schattenplätze wichtig sind und immer wichtiger werden. Manche Spielplätze sind im Hochsommer noch schlecht zu nutzen, weil es kaum oder zu wenige schattige Orte und Spielplätze gibt. Es braucht mehr Sonnensegel, Pergolas und Bäume als Schattenspender. Zu viel Sonne im Kindesalter gilt als Risikofaktor für Hautkrebs, die empfindliche Haut reagiert negativ auf das schädigende UV-Licht der Sonne. Es sollte deshalb eine vordringliche Aufgabe der Stadt sein, den Sonnenschutz auf Spielplätzen zu verbessern. Zentrales Thema ist ebenso das Element Wasser, das in Form von Wasserspielen die Umgebung sowie spielende Kinder runterkühlt.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0113/25.

Bekanntgabe

- **Stellungnahme der Verwaltung**
(Referentin: Frau Wittmann-Brand)
Vorlage: V0113/25

Antrag:

Der Bericht der Verwaltung wird bekannt gegeben.

*Der Antrag der UWG-Stadtratsfraktion **V0683/24** und der Antrag der Verwaltung **V0113/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Lange beantragt, dass die Beschlussvorlage zur Beratung zurück in die Fraktionen gehe und bittet um eine Änderung der Beschlussformulierung, die dann im Stadtrat am 10.04.2025 abgestimmt werde.

Frau Wittmann-Brand merkt an, dass es für sie wichtig sei, wie genau der Beschluss formuliert werden soll, denn das Vorgehen der Verwaltung sei bereits aufgezeigt worden.

Stadtrat Achhammer regte an, dass man die Problematik fehlender Beschattung auf Spielplätzen erneut überdenken solle. Er erklärte, dass es auf einigen Spielplätzen aufgrund von langsam wachsendem Bewuchs über Jahre hinweg keinen Schatten gebe. Dies führe dazu, dass diese in den Sommermonaten oft nicht nutzbar seien.

Weiter geht er auf auf einen Stadtratsbeschluss ein, der Pergolen und ähnliche Konstruktionen ausschließe, und schlägt vor, diesen Beschluss zu überdenken. Als Beispiele nennt er den Spielplatz in Pettenhofen, wo die Situation besonders problematisch sei.

Stadtrat Lange teilt die Meinung von Stadtrat Achhammer, dass der Beschluss noch einmal überdacht werden soll. Ebenso können man die Bezirksausschüsse auffordern darüber nachzudenken, an welchen Spielplätzen Beschattung hergestellt werden müsse.

Frau Wittmann-Brand erklärt, dass die Forderungen nach Sonnenschutz auf Spielplätzen, insbesondere über die Bezirksausschüsse, regelmäßig an die Verwaltung herangetragen werden. Die Problematik bestehe vor allem in Neubaugebieten, da die gepflanzten Bäume noch nicht ausreichend gewachsen seien, um Schatten zu spenden. Im Piuspark sei dies ebenfalls erkennbar. Es bedürfe Zeit, bis Bäume und Sträucher ausreichend gewachsen seien. Weiterhin wies sie darauf hin, dass größere Bäume teuer seien und Anwuchsprobleme verursachen können. Bezuglich Sonnensegel teilt sie mit, dass diese häufig durch Vandalismus beschädigt werden, was hohe Kosten im Unterhalt verursache. Sonnensegel werden aber bei Spielplätzen von Kindergarten erfolgreich eingesetzt, da diese abends eingerollt werden können. Bei öffentlichen Spielplätzen sei dies jedoch schwieriger umzusetzen. Frau Wittmann-Brand erklärt außerdem, dass solche Maßnahmen freiwillige Aufgaben der Kommune seien und aufgrund von Personalabbau sowie fehlenden Haushaltssmitteln schwer zu realisieren seien. Dennoch werde die Verwaltung regelmäßig beauftragt, Förderprogramme zu prüfen und zu nutzen.

Stadtrat Lange erklärt, dass der Antrag nicht dazu gedacht sei, pauschal und unüberlegt Maßnahmen umzusetzen. Er schlägt vor, die Bezirksausschüsse einzubeziehen und eine Abfrage bei allen zwölf Ausschüssen durchzuführen, um dringende Fälle zu bearbeiten. Weiter äußert er bezüglich der Sonnensegel, dass diese aufgrund ihrer geringen Haltbarkeit keine langfristige Lösung darstellten. Stattdessen könne man über Alternativen wie massive Pergolen nachdenken, auch wenn diese teurer seien. Er führte aus, dass solche Konstruktionen fest fundamentiert sein müssten, um dauerhaft stabil zu bleiben. Abschließend betonte er, dass der Klimawandel bereits spürbar sei und es dringend notwendig sei, mehr Hitzeschutz auf Spielplätzen zu schaffen – sowohl für Kinder als auch für begleitende Erwachsene.

Stadtrat Witty möchte wissen, wie der aktuelle Stand bezüglich der Beschattung im Piuspark sei. Er erwähnte, dass bereits Maßnahmen wie das Pflanzen von Bäumen umgesetzt wurden, jedoch weiterhin Bedarf an zusätzlicher Beschattung bestehe. Zudem erkundigt er sich, wie die Kommunikation mit den beteiligten Akteuren vor Ort verlaufe.

Frau Wittmann-Brand erklärt, dass man im Austausch mit Herrn Deperschmidt sowie Herrn Achhammer und dem Stadtratskollegen Dr. Lösel stehe. Es sei besprochen worden, was im Piuspark bisher umgesetzt worden sei, welche weiteren Möglichkeiten bestehen und wo größere Bäume nachgepflanzt werden könnten. Das Verschatzungselement, das kritisiert werde, obwohl es noch niemand in der Realität gesehen habe, solle mobil aufgebaut werden. Man plane, es vor Ort im Rahmen einer Bezirksausschusssitzung zu begutachten. Auch habe Frau Wittmann-Brand Herrn Deperschmidt zugesichert, dass die geplanten Maßnahmen vor Ort im Piuspark mit ausgewählten Personen erläutert werden können. Dies solle keine Bürgerversammlung sein, sondern ein gezielter Austausch, bei dem auch Ideen für bürgerschaftliches Engagement eingebracht werden können. Angesichts knapper Kassen werde solches Engagement immer wichtiger, um die Situation zu verbessern. Zudem stehe es jedem offen, eigene Sonnenschirme für den Bereich der Liegewiesen mitzubringen.

Stadtrat Witty möchte wissen, ob es richtig sei, dass das unbeliebte Beschaffungselement die künstliche Palme sei.

Frau Wittmann-Brand bestätigt dies. Der Vorteil sei, dass es ein ungerichtetes Element sei, da nur ein Pfosten fundamentiert werden müsse. Im Piuspark wurde viel Fläche versiegelt, so dass eine Fundamentierung durch die verbauten, großen Plattenformate erschwert wird. Dennoch ist Frau Wittmann-Brand der Meinung, dass es positiv sei, wenn das Muster vom Gartenamt aufgestellt werden könne, um es dann gemeinsam vor Ort anzuschauen.

Stadträtin Leininger äußert, dass Menschen und Kinder sich langfristig an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen müssen. Solche Orte sollen daher zu bestimmten Tageszeiten aufgrund der Hitze nicht mehr aufgesucht werden. Alle anderen Maßnahmen, die in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegt sind, seien sinnvoll. Weiter führt sie aus, dass eine Pergola nur zu einer bestimmten Tageszeit Schatten biete, daher sei eine wichtige Maßnahme große schattenspendende Bäume, da diese langfristig effektiven Schutz bieten. Zum Thema Trinkwasserspendern ist sie der Meinung, dass diese schrittweise installiert werden sollen. Abschließend stellt

Stadträtin Leininger klar, dass es unrealistisch sei, Außenbereiche zu schaffen, die jederzeit angenehm und kühl seien.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass der Antrag bereits mehrfach in unterschiedlicher Form beschlossen worden sei. Sie verwies darauf, dass ein bestehender Beschluss das Gartenamt instruiere, Spielplätze entsprechend auszustatten. Außerdem sei im Klimaanpassungskonzept explizit festgelegt, solche Maßnahmen umzusetzen. Die Verwaltung werde ebenso, in diesem Jahr die Stadtviertel systematisch prüfen, um notwendige Maßnahmen zur Hitzeresilienz zu erkennen. Im Piusviertel gebe es bereits einen Plan sowie erste Schritte zur Umsetzung, um den großen Park hitzeresilient zu gestalten. Sie betont, dass das Anliegen berechtigt sei, die Verwaltung jedoch das Thema auf strategischer, planerischer und operativer Ebene bereits anerkannt und bearbeitet habe und die Maßnahmen auf den Weg gebracht seien. Einzelmaßnahmen müssten weiterhin mit den Bezirksausschüssen abgestimmt werden. Sie betonte, dass Förderprogramme geprüft werden, um jede mögliche Finanzierung zu sichern, sei es aus Klimaanpassungshaushalten, Städtebauförderung oder Inklusionsprojekten. Der Antrag sei positiv bewertet und bereits in Bearbeitung.

Stadtrat Lange erklärt, dass bekannt sei, wie wichtig die Hitze-Resilienz für die gesamte Stadt sei, nicht nur für Spielplätze. Daher sei es wichtig bei der Errichtung neuer Wohngebiete, wie am Dachsberg oder am Samhof, von Anfang an Maßnahmen zur Beschattung einzuplanen. Dabei sei es entscheidend, günstige und sofort umsetzbare Lösungen zu finden, da neu gepflanzte Bäume erst nach vielen Jahren ausreichend Schatten spenden. Ziel sei es, eine frühere Beschattung zu ermöglichen, damit nicht erst die nächste Generation davon profitiere.

Frau Wittmann-Brand teilt die inhaltliche Meinung von Stadtrat Lange, jedoch stelle die Kostenfrage eine Herausforderung dar. Es müsse geprüft werden, wie die Umsetzung möglich sei. Ebenso seien keine Kletteraktivitäten erlaubt, um Vandalismus vorzubeugen. Es sei ein vielschichtiges Thema, zu dem weitere Überlegungen vorgenommen werden sollen. Weiter ist Frau Wittmann-Brand der gleichen Meinung wie Stadträtin Leininger, dass der Spielplatz eher zu späteren Tageszeiten genutzt werden soll.

Stadtrat Lange gibt bekannt, dass er seinen Antrag zur Beratung zurück in die Fraktionen zurückziehe und es die Bekanntgabe ausreichend sei.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird dem Ausschuss bekanntgegeben.

Beratend

- 6 . **Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebiets am Mailinger Bach, Haunstädter Bach, Retzgraben und Köschinger Bach im Stadtgebiet von Ingolstadt von Fluss-km 7,40 bis 17,80 (Gewässer III. Ordnung)**
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)
Vorlage: V0106/25

Einstimmig befürwortet:

Die Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebiets am Mailinger Bach, Haunstädter Bach, Retzgraben und Köschinger Bach wird entsprechend dem beiliegenden Entwurf erlassen.

7 . **Zukunftsszenario zur Stadtklimaanalyse**

- . **Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 28.08.2024**
Vorlage: V0636/24

Antrag:

1. Die Stadt Ingolstadt lässt in Anlehnung an die Stadt Augsburg neben der vorhandenen Ist-Analyse auf deren Basis ein Zukunftsszenario 2040 erarbeiten. Hierbei sind neben der prognostizierten Erderwärmung die mit neuem Flächennutzungsplan möglichen und erwartbaren längerfristigen baulichen Veränderungen in unserer Stadt zu berücksichtigen.
2. Aufbauend auf den 2021er-Messungen für den Rathausplatz sind für einige aussagekräftige, relevante innerstädtische Standorte und einige Stadtrandlagen alljährliche Temperaturmessungen durchzuführen. Hierbei sollte jeweils auf eine austauscharme sommerliche Hochdruckwetterlage mit überdurchschnittlich hoher Wärmelastung geachtet werden, um Überlagerungen lokaler Wetterphänomene durch übergeordnete Witterungereignisse vernachlässigen zu können.

Beschlussfassung siehe V0082/25.

Beratend

- . **Stellungnahme der Verwaltung**
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)
Vorlage: V0082/25

Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0636/24 und der Antrag der Verwaltung V0082/25 werden gemeinsam behandelt.

Einstimmig befürwortet:

1. Die Erstellung eines Zukunftsszenarios zur Stadtklimaanalyse wird sachlich für sinnvoll erachtet.
2. Der Kostenrahmen von ca. 20.000 Euro für die Entwicklung von Zukunftsszenarien zur Klimaanalyse wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der anstehenden Haushaltskonsolidierung kann eine Konkretisierung und Beauftragung von Zukunftsszenarien zur Stadtklimaanalyse bis zur Vorlage eines genehmigten Haushalts vorerst nicht erfolgen.

8. Schutz der Igel vor Mährobotern

- Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 22.11.2024**
Vorlage: V0904/24

Gemeinschaftsantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Maßnahmen zum Schutz für im Garten lebende Igel durch den Einsatz von Mährobotern zusammen zu stellen.
Diese sollen insbesondere enthalten:
 - a) Informationskampagne über die Bedeutung von Igeln für das Ökosystem,
 - b) Aufklärung über die Gefahren von Mährobotern für Igel und andere Lebewesen,
 - c) Vorschläge für alternative Zeitpunkte zum Einsatz von Mährobotern,
 - d) Handlungsempfehlungen für igelfreundliche Gärten.
2. Die Bürger*innen von Ingolstadt werden für diese Problematik sensibilisiert und über Schutzmaßnahmen informiert.
3. Die Ergebnisse sollen dem Stadtrat vorgelegt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern auch ein Verbot von Mährobotern in den Nachtstunden rechtlich möglich ist.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0081/25.

Beratend

- Stellungnahme der Verwaltung**
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)
Vorlage: V0081/25

Antrag:

1. Die Informationsseiten der Stadt Ingolstadt zum Igelschutz werden zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Allgemeinverfügung zum Verbot der nächtlichen Inbetriebnahme von Mährobotern im Bereich der Stadt Ingolstadt zu erlassen.

Der Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der ÖDP-Stadtratsgruppe V0904/24 und der Antrag der Verwaltung V0081/25 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Für Stadtrat Dr. Schuhmann sei das Nachtverbot für den Einsatz von Mährobotern schwierig zu kontrollieren. Das Fahren der Mähroboter am Tag, stelle sich aber im Hinblick auf die spielenden Kinder im Rasen, auch als schwierig da. Insofern stelle sich dann für manche die Frage, wann der Roboter fahren könne. Stadtrat Dr. Schuhmann lehne es ab, das Nachtfahrverbot als einzige Möglichkeit zu betrachten. Seines Erachtens seien die genannten Möglichkeiten zur Information und Aufklärung sinnvoller.

Hier gehen die Meinungen über die Sinnhaftigkeit des Nachtfahrverbots der Mähroboter auseinander, so Stadträtin Leininger. Es sei vorgesehen, dass zum einen Informationen darüber erfolgen, was dieses Tier benötige, um in der zivilisierten, bebauten Landschaft weiterleben könne und zum anderen eine Allgemeinverfügung eines Verbots für Mähroboter zu erlassen. Der Mähroboter töte nicht nur die Igel, sondern noch viel mehr Getier. Dies könne nach den Worten von Stadträtin Leininger nicht geduldet und insofern müsse hierzu ein Verbot ausgesprochen werden. Sie habe sehr bewegt, wie sich die Igelschützer hier einsetzen und sei darüber enttäuscht, wie es den „Großen“ egal sei, was mit den Tieren passiere. Stadträtin Leininger bittet um Zustimmung zu diesem Antrag.

Sicherlich sei es sinnvoll nicht nur Igel, sondern auch alle anderen Kleintiere vor dem Mähroboter zu schützen. Stadtrat Achhammer merkt an, dass der Igel nachts unterwegs sei. Er regt an, über das Presseamt und über den Donaukurier dieses Thema in der Öffentlichkeit publik zu machen und darauf hinzuweisen, dass die Mähroboter deshalb nachts nicht fahren sollen. Seines Erachtens mache es nicht viel Sinn ein Verbot auszusprechen, dass nicht kontrollierbar sei. Weiter verweist Stadtrat Achhammer auf neue Roboter die KI gesteuert seien und sowohl Igel als auch Kleintiere erkennen. Dies werde sich seines Erachtens durchsetzen, da diese Gerätschaften auch bei spielenden Kindern stoppen.

Für Stadtrat Dr. Meyer sei hier ein Verbot auszusprechen schwierig, wenn es keine Erkenntnisse über die Problematik in Ingolstadt gebe. Fraglich sei, welche Fachstellen hierzu Auskunft erteilen können. Stadtrat Dr. Meyer verweist bei diesem Thema auf die geführte Debatte zu den Schottergärten und die Problematik der Überwachung durch eine entsprechende Verordnung. Seines Erachtens sei es in diesem Fall noch schwieriger, da sich die Tages- und Nachtzeiten ändern. Hier gebe es viel Potential für Unstimmigkeiten und auch Kontrollprobleme. Stadtrat Dr. Meyer halte dies für schwer durchsetzbar.

Stadtrat Lange halte diese Diskussion für richtig. Er greife die Anregung von Stadtrat Achhammer auf und regt die Testung einer befristeten Allgemeinverfügung an. Hierbei solle geprüft werden, ob diese Mähroboter tatsächlich in der Lage seien, dies zu vermeiden. Wenn diese Allgemeinverfügung dann keinen Sinn mehr mache, können man dies wieder lassen. Weiter habe Stadtrat Lange einen redaktionellen Hinweis zur Beschlussvorlage und merkt an, dass statt Nachtfahrverbot, nach Fahrverbot geschrieben sei.

Da sich die Mehrheit gegen das Verbot ausspreche regt Stadtrat Meier eine getrennte Abstimmung der Antragsziffern an. Er spricht sich aber klar für die Ziffer eins aus. Er regt an die Igel-Kampagne mit den finanziellen Mitteln zu unterstützen, die man sich bei der Durchsetzung eines Verbots einspare. Seines Erachtens sei ein nächtliches Verbot von Robotern nicht durchsetzbar und auch nicht kontrollierbar. Weiter stelle sich auch die Frage, wie die Strafe aussehen solle.

Der Igelschutz sei dem Ingolstädter Stadtrat wichtig, so Stadtrat Witty. Aber auch er sehe keinen Sinn eine solche Maßnahme umzusetzen. Er regt an, dass der Stadtrat mit der Ziffer 1 einen entsprechenden Beschluss fasse, dass öffentlichkeitswirksam für den Igelschutz geworben werde. Eine einjährige Befristung für eine Mähroboterverordnung mache dies nicht einfacher, denn nach der Evaluierung müsse wieder darüber debattiert werden. Die SPD-Stadtratsfraktion stehe dazu, aber aufgrund der genannten Schwierigkeiten sei die Durchführung schwierig.

Bürgermeisterin Kleine verweist auf die Beschlussvorlage und auf den Vorschlag einer Verfügung für Mähroboter. Zum einen werde von der Verwaltung mehr Igelschutz durch mehr Informationen vorgeschlagen und zum anderen läge ein konkretes Beispiel eines Mähroboterverbot vor. Die Empfehlung sei ein konkreter Vorschlag, wie eine Allgemeinverfügung aussehen könne und welche Gründe dafür und ggf. welche dagegensprechen. Die Problematik liege in der Natur der Sache, da Mähroboter und

auch Igel nachts zur gleichen Zeit unterwegs seien. Eine Lösung der Gefährdung sei daher vergleichsweise einfach. Es liege in der Entscheidung des Stadtrates, ob dieser an der Situation etwas ändern wolle. Wenn dieses Mähroboterverbot nicht erlassen werde, müsse etwas anderes für die Igel getan werden. Hierzu verweist Bürgermeisterin Kleine auf die Ziffer 1 der Beschlussvorlage und merkt an, dass die Igelstation jährlich mit Zuschüssen unterstützt werde. Diese Zuschüsse seien aber im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung gekürzt worden. Weiter verweist Bürgermeisterin Kleine auf neu etablierte zivilgesellschaftliche Igelnetzwerke, die sich auch das Ziel der Aufklärung und Information gesetzt haben. Diese Informationen solle auch auf den Seiten der Stadt veröffentlicht werden. Die Entscheidung über ein Nachtfahrverbot für Mähroboter obliege dem Stadtrat. Eine Möglichkeit als Aufmerksamkeits- und auch ein Lerneffekt sei, dies für ein Jahr auszuprobieren. Bürgermeisterin Kleine spricht hierzu ihre Empfehlung aus. Wichtig sei für Sie aber die Information an die Bürgerschaft.

Für Stadtrat Witty sei dies zum einen die Kenntnisnahme, aber auch die öffentlichkeitswirksame Verbreitung dieses Ziels, wichtig. Alles andere sei in der Praxis schwer handelbar und nicht zielführend. Seines Erachtens erreiche man vielleicht dadurch sogar das Gegenteil.

Ein Verbot zu erteilen, dass nicht kontrollierbar sei, stelle sich nach den Worten von Stadtrat Bannert als schwierig dar. Er weist darauf hin, dass dieser Gemeinschaftsantrag durchdacht und auch positiv für den Igel sei. Die Frage sei nun, was man eigentlich erreichen wolle. Stadtrat Bannert regt an, die neuen Erkenntnisse nochmals in der Fraktion zu beraten. Die Verwaltung solle die Bevölkerung über die Schutzmaßnahmen und die Vorhaben der Stadt informieren. Dieses Thema solle, wie auch das Thema Krötenwanderung, in der Presse publik gemacht werden.

Oberbürgermeister Dr. Kern hakt nach, ob aus Ziffer zwei die Befristung auf ein Jahr vorgehe oder ob dies noch einmal extra aufgeführt werden soll.

Stadtrat Lange bestätigt, dass es ausreichend hervorgehe.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0081/25:

1. Die Informationsseiten der Stadt Ingolstadt zum Igelschutz werden zur Kenntnis genommen.

Ziffer 1 der Vorlage wird dem Ausschuss bekanntgegeben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Allgemeinverfügung zum Verbot der nächtlichen Inbetriebnahme von Mährobotern im Bereich der Stadt Ingolstadt zu erlassen.

Mit 3 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag abgelehnt.

Beratend

9. **Erschließung des Baugebietes "Am Samhof" (Bebauungsplan Nr. 107) und Sanierung der Krumenauerstraße zwischen der Cusanusstraße und der Gerolfinger Straße**
hier: Projektgenehmigung
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0109/25

Antrag:

- 1) Für den Bau der Erschließungsanlagen im künftigen Baugebiet „Am Samhof“ wird auf der Basis der beigefügten Entwurfsplanung die Projektgenehmigung erteilt.
- 2) Für die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in der Krumenauerstraße wird auf der Basis der beigefügten Entwurfsplanung die Projektgenehmigung erteilt.
- 3) Die Gesamtprojektkosten i.H.v. 4,3 Mio. Euro werden genehmigt.
Die erforderlichen Mittel für das Baugebiet „Am Samhof“ i.H.v. 3,5 Mio. Euro wurden zum Haushalt 2025 für das Jahr 2025 i.H.v. 100.000 Euro, das Jahr 2026 i.H.v. 1.700.000 Euro und für das Jahr 2027 in Höhe von 1.600.000 Euro auf der Haushaltsstelle 631000.950000 BuSt. 7 (Erschließungsstraßen, Tiefbaumaßnahmen, BG Samhof) angemeldet.
Zudem wurde ein Resteübertrag in Höhe von 100.000 Euro von 2024 auf das Jahr 2025 beantragt.

Die erforderlichen Mittel für die Maßnahme Krumenauerstraße in Höhe von 800.000 Euro wurden zum Haushalt 2025 für das Jahr 2027 auf der Haushaltsstelle 630000.955000 BuSt. 37 (Gemeindestraßen, -wege, -plätze, Tiefbaumaßnahmen, Erneuerung von Fahrbahnen, Krumenauerstraße - Gerolfinger Str. – Levelingstr.) angemeldet.

Die angemeldeten Mittel stehen vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltbeschlusses durch den Stadtrat sowie der Genehmigung des Haushaltes durch die Regierung von Oberbayern zur Verfügung. Der Resteübertrag steht vorbehaltlich der Genehmigung zur Verfügung.

Stadtrat Achhammer verweist auf die Diskussionen zur Fußgängerquerung im BZA West und die Befürchtungen zu den wegfallenden Stellplätzen an der Straße. Sein Vorschlag sei, auf die Querung, bis zu Beginn des Baugebietes, zu verzichten. Ihm sei auch bekannt, dass die Krumenauerstraße umgebaut werden solle. Wenn hier die Straßenqualität den Umbau erforderlich mache, stelle sich die Frage, ob man dies nicht rausschieben könne. Seines Erachtens könne dadurch auch Geld gespart werden. Stadtrat Achhammer fragt nach, ob der Umbau, bzw. die Erneuerung der Straße überhaupt notwendig sei und ob diese Querung erst später erfolgen könne.

Stadtrat Meier verweist auf die Entwässerung und betont, dass 75 Prozent des südlichen Bereichs nicht versickert werden können. Dies werde nun in den Moosgraben abgeleitet, der in den Ludelgraben fließe. Hier bestehe auch die Möglichkeit der Ableitung in die Schutter. Nach seinen Worten werde immer von einer Netto-Null-Versiegelung gesprochen, aber trotzdem werde das Regenwasser in den Moosgraben abgeleitet. Er fragt nach, ob es keine Alternative gebe.

An Stadtrat Achhammer gewandt teilt Herr Dormeier mit, dass die Maßnahmen an der Krumenauerstraße, sowie der Geh- und Radwegthematik, mit dem Baugebiet verwoben sei. Da man für die Ertüchtigung des Radverkehrs Fördermittel erhalte, solle dies auch realisiert werden. Die Querungen im Norden sollen mit einem Zebrastreifen umgesetzt werden. Im Süden sei eine Querungshilfe mit einer Mittelinsel geplant. Die Krumenauerstraße ist in keinem guten Zustand und mit der Kanalverlegung durch die INKB und die Erschließungsarbeiten für das Baugebiet, werde sich dieser weiter verschlechtern. Insofern werbe Herr Dormeier schon für diese Sanierung. Die aktuelle Hausaufgabe sei, für die Haushaltskonsolidierung Einsparungen in den Jahren 2026 bis 2028 zu generieren. Die Sanierung der Krumenauerstraße sei für das Jahr 2027 geplant. Hierzu verweist er auf zwei Aspekte. Er teilt mit, dass in der Konsolidierung nochmals die finanzielle Situation betrachtet werde. Des Weiteren werde auch nochmals versucht, mit der Familie Gebauer ein Gespräch zu führen. Die Zurückstellung der Sanierung sei nicht sinnvoll, da der Geh- und Radweg und die Querungshilfe in der Breite, der Krumenauerstraße angepasst werden müssen. Dies solle bei der Sanierung im Jahr 2027 mit umgesetzt werden. Insofern verweist Herr Dormeier aber auch darauf, dass derzeit noch kein zeitlicher Druck besteht. Er informiert, dass dies im Nachgang zur Sitzung mit dem BZA und den Anliegern die südliche Querungshilfe geklärt werde. Herr Dormeier wirbt für die Gesamtlösung der vorgelegten Projektgenehmigung. An Stadtrat Meyer gewandt teilt er mit, dass die Versickerung geprüft wurde. Es werde versucht, den natürlichen Kreislauf der Versickerung zu belassen.

Das vor Ort niedergehende Wasser, solle auch vor Ort in den Untergrund versickern können. Herr Dormeier geht davon aus, dass dies geprüft worden sei und nur, wo Versickerung nicht möglich ist, die Ableitung in die Vorflut erfolgen muss.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beschließend

10 . Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes

- 1. Berichtigung der Widmung des Buxheimer Weges und des Hochbuckelweges**
- 2. Antrag auf Widmung der Flurnummer 2598/121 Gmkg. Gaimersheim**
(Referent: Herr Hoffmann)

Vorlage: V0105/25

Mit allen Stimmen:

1. Die Teilstücke des Hochbuckel- und Buxheimer Weges gem. Anlage 1a werden umgestuft.
2. Der Verbindungsweg zwischen Hertel- und Parreutstraße (Fl.Nr. 2598/121 Gmkg. Gaimersheim) gem. Anlage 2a, wird als gemeinsamer Fuß- und Radweg gewidmet.

Die Verwaltung wird beauftragt und bevollmächtigt, das Verfahren durchzuführen und die entsprechenden Verfügungen zu erlassen.

Öffentliche Sitzung

Beratend

11 . Interimsstätte für den Festsaal für die Dauer der Sanierung des Hämer-Baus

(Referent: Herr Grandmontagne)

Vorlage: V0174/25

Antrag:

Der Stadtrat erkennt die enorme Bedeutung des Festsaals als zentraler Veranstaltungsort Ingolstadts an. Um die gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung auch während der Sanierung des Hämer-Baus sicherzustellen, ist eine Interimsstätte des Festsaals notwendig. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, zeitnah eine abgestimmte, beschlussfähige Option vorzulegen.

Stadtbaurätin Wittmann-Brand informiert über die geführte Diskussion über die Nutzung der Donaukurier-Hallen und die Idee eines Neubaus in Form einer Leichtbauhalle an einem Grundstück, das nach Möglichkeit im Eigentum der Stadt ist. Hierzu seien unterschiedliche Standorte im Bereich der Altstadt betrachtet worden. Zum einen der Hallenbadparkplatz und zum anderen der Volksfestparkplatz. Beide Standorte

würden schnellst möglichst nochmal genauer untersucht und dem Stadtrat entsprechend vorgestellt werden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -